

Niederschrift

der 32. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses Am Mellensee am Mittwoch, dem 27.06.2018 in der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Str. 21c, 15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20.20 Uhr

Teilnehmer:

Fraktion CDU / FW

Heiko Winterstein (verspätetes Erscheinen – 19.20 Uhr)

Lutz Lehmann

Fraktion Die Linke

Doreen Schulze (verspätetes Erscheinen – 19.02 Uhr)

Fraktion SPD

Kay Brückner

Fraktion UWG

Erhard Bischert

sachkundige Einwohner

Ina Hänsel

Jörg Kruppa

Uwe Hürdler

Unentschuldigt:

Bert Borchert

Verwaltung:

Petra Dornbusch

Nadin Schulze

Thomas Reetz

Ulrike Gast

Teamleiterin II

Teamleiterin III

Teamleiter IV

stellv. Teamleiterin II

Gäste:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

01. Eröffnung der Sitzung

02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

03. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

04. Einwendungen zur Niederschrift der 30. Sitzung

05. Einwendungen zur Niederschrift der 31. Sitzung

06. Einwohnerfragestunde

07. BSV – Beschluss Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen

08. Diskussion zum Ankauf von öffentlichen Verkehrsflächen

09. Informationen und Anfragen

Zu 01. Eröffnung der Sitzung

Herr Lehmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Zu 02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Lehmann stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind jetzt 4 von 5 Mitgliedern anwesend und somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Zu 03. Änderungsanträge zur Tagesordnung –öffentlicher Teil-

Es gibt keine Änderungsanträge.

Zu 04. Einwendungen zur Niederschrift der 30. Sitzung

Es gibt keine Einwendungen zu der Niederschrift.

Zu 05. Einwendungen zur Niederschrift der 31. Sitzung

Es gibt keine Einwendungen zu der Niederschrift.

Zu 06. Einwohnerfragestunde

Herr Pehnert fragt bei den Fraktionen an, ob eine Auslegung der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) im Versammlungsraum der Gemeinde erfolgen könnte. Man hätte somit die Möglichkeit während der Sitzung im Gesetz nachzulesen. Es gab in der letzten Sitzung die Frage nach der Teilung der Einwohnerfragestunde, die abgelehnt wurde, da das gegen die BbgKVerf verstößt. Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Regelungen zur Einwohnerfragestunde und dem Sitzungsablauf in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Gemeinde geregelt sind. Diese müssten jedem Gemeindevertreter bekannt sein, können jedoch hier ausgelegt werden.

Zu 07. BSV – Beschluss Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen

Frau Dornbusch gibt nochmals eine kurze Erläuterung. Auf im Vorfeld gestellte Frage der Fraktion der UWG erklärt sie nochmals die Vorgehensweise bei notwendiger Kreditaufnahme der Gemeinde und verweist auf § 3 der Haushaltssatzung. Der Kreditbedarf muss sich aus dem Finanzplan ergeben, solange Finanzmittel vorhanden sind, ist laut Plan keine Kreditaufnahme möglich. Weiter verweist sie auf § 63 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Herr Hürdler erläutert, dass es keinen Zusammenhang zwischen Investitionen und der Rücklage gibt. Die Rücklage ist nur eine fiktive Zahl.

Herr Lehmann merkt an, dass der Haushalt schnellstmöglich beschlossen werden sollte um der Verwaltung ein Handeln und die Auftragsvergaben zu ermöglichen. Über mögliche Einsparungen und Veränderungen ist jedoch weiter nachzudenken und diese sind im Nachtragshaushalt einzuarbeiten.

Herr Winterstein erscheint zur Sitzung.

Herr Kruppa ist ebenfalls der Meinung, dass der Haushalt beschlossen werden sollte. Er erkundigt sich nach den Personalkosten aus dem Bereich Friedhofswesen. Frau Dornbusch erklärt, dass in diesem Produkt nicht nur die Sachbearbeiterin aus dem Ordnungsamt einfließt, sondern prozentual alle Stellen (z.B. Gebäudemanagement, TL Ordnungsamt, TL Bauamt, SB Hochbau) eben alle Kostenträgeranteile, die für dieses Produkt arbeiten. Weiter merkt er an, dass beim Text auf Seite 14 ein T für T€ fehlt.

Herr Brückner fragt nach, woraus die Rücklage resultiert.

Herr Hürdler erläutert, dass die Rücklage die rechnerische Differenz zwischen Erträge und Aufwendungen darstellt und lediglich eine Rechenergebnis und somit eine fiktive Zahl ist.

Frau Hänsel ist der Meinung, dass es Einsparungen durch die Übertragung der Kitas in freie Trägerschaft gegeben hätte, die nach der Ablehnung jedoch nicht im Haushalt eingeflossen sind.

Herr Bischert verweist auf seine Unterlagen seit 2015. Seit dieser Zeit spricht er sich für eine Aufnahme von Krediten aus. Weiter spricht er die festgelegten Wertgrenzen in § 5 der Haushaltssatzung an und fragt ob diese nicht gesenkt werden sollten. Frau Dornbusch gibt dahingehend die Auskunft, dass besonders im Bereich der Feuerwehren eine Einzelveranschlagung nicht sinnvoll wäre, da es im Jahresverlauf immer wieder zu ungeplanten Anschaffungen kommt. Durch die Mindestausstattung in diesem Bereich müssen oft Ausrüstungsgegenstände beschafft werden, die noch nicht eingeplant waren, aber zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft unabwendbar sind, so dass der Bedarf sich zwischen den Jahren verschiebt. Herr Bischert hinterfragt weiter die Ansätze im Bereich Friedhofswesen, Externe Beratungskosten und die Steigerung um 8 T€ im Zusammenhang mit dem Notarvertrag RSV Mellensee. Dazu wird erläutert, dass es sich um Kosten wie Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten und dergleichen handle.

Die Abstimmung ergibt 4 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen.

Herr Lehmann übergibt den Vorsitz an Herrn Winterstein.

Zu 08. Diskussion zum Ankauf von öffentlichen Verkehrsflächen

Herr Reetz gibt hierzu eine kurze Erläuterung. Es handle sich hierbei um kleine Flächen, welche im Eigentum von Privatpersonen stehen aber eine öffentliche Verkehrsfläche darstellen. Diese sind von den Gemeinden zu erwerben. Je nach Lage der Verkehrsfläche liegt der Kaufpreis bei 1,00 €/m² bzw. 0,10 – 0,50 €/m². Seitens der Verwaltung wäre eine Vollmacht bis zu einer Fläche von 500 m² (ohne Nebenkosten) wünschenswert, alle weiteren Flächen werden durch Beschluss des Hauptausschusses angekauft. Herr Hürdler vertritt die Ansicht, dass jeder Antragsteller gemäß Gesetz den Anspruch auf Verkauf dieser Flächen hat. Herr Winterstein schlägt vor, die Wertgrenze auf 1.000,00 € festzulegen und halbjährlich eine Information an die Gemeindevertretung zu geben. Nach erfolgter Diskussion über Wertgrenzen und bestehende gesetzliche Ansprüche der Eigentümer wird die Empfehlung gegeben, dass Flächen, die den m² Preis von 1,00 € nicht übersteigen ohne Einzelbeschluss des Hauptausschusses von der Verwaltung veräußert werden dürfen. Die Informationspflicht bleibt bestehen.

Die Abstimmung ergibt einstimmig 5 Stimmen dafür.

Zu 09. Informationen und Anfragen

Herr Brückner geht nochmals auf die BSV bezüglich der freien Trägerschaft ein. Er ist der Meinung, dass es keine genauen Zahlen für die Beschlussfassung gab. Herr Winterstein erklärt, dass die Vorschläge die unterbreitet worden sind nicht angenommen wurden.

Am Mellensee, 29.06.2018



Winterstein

Vorsitzender des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses